

### Der Kampf um den Boden

Die im vergangenen Jahre erfolgte organisatorische Umwandlung des polnischen Westverbandes (Abänderung der Statuten, Verlegung des Hauptssitzes von Polen nach Warschau, Stärkung des Regierungseinflusses u. f. f.) hat auf die grundsätzliche deutsche feindliche Tendenz dieser ausgesprochenen Kampfororganisation keinen merkbaren Einfluß gehabt. Das hat die neue Aktivität, die der Westverband in letzter Zeit wieder entfaltet, zur Genüge bewiesen. Stimmungsmäßig vorbereitet wurde diese Aktivität durch die auch von der polnischen Regierungspresse geförderte Verunglimpfung der Volkstumspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands. Das Schwergewicht der Agitation ist diesmal gegen den deutschen landwirtschaftlichen Besitzstand in den polnischen Westgebieten gerichtet. Auf polnischer Seite vertritt man die Ansicht, daß sich immer noch ein unuerhältnismäßig großer Teil des Grund und Bodens nicht nur in Pommerellen und Polen, sondern auch in Ostobereschien in deutschen Händen befinde. Der Westverband hat durch die Veröffentlichung unkontrollierbarer Zahlen dafür gefordert, daß sich in der polnischen Öffentlichkeit die Meinung verbreitet, daß es den Deutschen in Polen und Pommerellen während der letzten Jahre gelungen sei, ihren landwirtschaftlichen Besitzstand nicht nur zu behaupten, sondern durch systematische Ausflüsse sogar zu vermehren. Daß es die amtlichen polnischen Stellen angeht haben, die von einem gewissen Dvoragacz zunächst im „Kurjer Poznański“ veröffentlichten, dann aber auch u. a. von der „Gazeta Polska“ übernommen Zahlen als richtig anzuerkennen, spielt für den Westverband keine Rolle. Der Zweck heiligt die Mittel. Der Zweck ist die Zerschlagung der wirtschaftlichen Existenzgrundlage des Deutschtums in den angeblich bedrohten Gebieten.

Bezeichnend sind in dieser Hinsicht die Entschliessungen, die auf den Generalversammlungen der pommerellischen und schlesischen Bezirke des polnischen Westverbandes am 19. bzw. 26. Januar angenommen wurden. In der einen dieser Entschliessungen heißt es z. B.: „Die Hauptversammlung stellt fest, daß der wirtschaftliche Besitzstand des deutschen Elementes in Pommerellen im Vergleich mit der zahlenmäßigen Stärke dieses Elementes allzu groß und eine ausdrückliche Benachteiligung der polnischen Bevölkerung ist. Ihr Besitzstand an Grund und Boden, sowie in Industrie und Handel... zeugt geradezu von einer Privilegierung der deutschen Minderheit.“ In der anderen, auf der Rattowitzer Tagung gefassten Entschliessung finden sich u. a. folgende bezeichnende Sätze: „Unter Berücksichtigung des erdrückenden Uebergewichts des deutschen Besitzstandes in der Landwirtschaft, sowie unter Berücksichtigung der besonderen Bedeutung, die der Landbesitz für die Erhaltung der Interessen des polnischen Staates besitzt, wendet sich die Tagung an die Behörden mit der Bitte um Parzellierung des Großgrundbesitzes und um Uebergabe des parzellierten Landes an

polnische Siedler.“ Dann heißt es weiter: „Indem die Tagung mit Befriedigung die beträchtlichen Fortschritte in der Polonisierung der obereschischen Industrieverwaltung hervorhebt, stellt sie fest, daß die völlige Sicherstellung der wirtschaftlichen Interessen des Staates auf dem Gebiete der schlesischen Großindustrie nur möglich ist durch die Nationalisierung des Kapitals, sowie dadurch, daß auf die leitenden Posten der Industrieverwaltungen nur Leute berufen werden, die mit der Idee der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des polnischen Staates verbunden sind.“

Aus diesen Entschliessungen geht deutlich hervor, daß die Besitz- und Lebensrechte der deutschen Volksgruppe in Polen nach der Auffassung des polnischen Westverbandes Dinge sind, die sich mit der polnischen Staatsraison nicht vereinbaren lassen. Es wird der verstärkte Einfluß staatlicher Machtmittel gegen die deutsche Volksgruppe gefordert. Den Deutschen wird das Recht abgesprochen, leitende Posten in der obereschischen Industrie zu bekleiden oder als Siedler an der Verteilung des zu parzellierten deutschen Grundbesitzes beteiligt zu werden. Das Vorhandensein eines noch verhältnismäßig gefunden deutschen landwirtschaftlichen Besitzes, eines tüchtigen deutschen Genossenschaftswesens, einer deutschen Beteiligung am gewerblichen Leben, einer Mitwirkung deutschen Kapitals an der ostobereschischen Schwerindustrie wird vom Westverband als eine „Privilegierung“ der deutschen Volksgruppe, als eine „Benachteiligung“ des polnischen Volkstums und als eine „Gefahr“ für die Sicherheit des polnischen Staates bezeichnet. Das ist eine Auffassung, die logischerweise in die Forderung nach einer gewaltsamen Ausrottung des Deutschtums einmündet, und in deren Nachbarschaft sich das wehleidige Klagen über die angebliche „Unterdrückung“ der Polen in Deutschland durch das Erbhof-, das Staatsbürger- und das Arbeitsdienstgesetz recht abgemacht ausspricht.

Die Frage, wie sich die polnischen Regierungen stellen zu einem Verbandsverhältnis, der derartige Forderungen erhebt, ist auf den Tagungen des Westverbandes mit hinreichender Klarheit beantwortet worden. Auf der Tagung in Rattowitz wurde u. a. auch folgende Entschliessung gefasst: „Die Tagung betont mit Anerkennung die besonderen Verdienste des langjährigen Nachbarn des schlesischen Landes, des Herrn Wojewoden Dr. Michael Graziński, hinsichtlich der Stärkung der Grundlagen aller Gebiete des polnischen Lebens in Schlesien. Sie dankt für die dem polnischen Westverband erwiesene Unterstützung und wendet sich gleichzeitig an sein Ehrenmitglied (Graziński) mit der Bitte um weitere Unterstützung und Hilfe.“ Graziński selber hob auf der Tagung, einem Bericht der „Polska Zachodnia“ vom 27. Januar zufolge, in einer Ansprache die besonderen Verdienste des Westverbandes hervor, dessen Tätigkeit er als „nützlich und weiterhin notwendig“ hinstellte.

Dah Grazynski dort, wo es sich um die Vernichtung des Deutschtums handelt, nicht bloß große Worte zu machen versteht, ist zur Genüge bekannt. Zehntausende vernichteter deutscher Existenzen sind das Ergebnis seiner zehn-jährigen Amtstätigkeit. Aber nicht nur in der Industrie wurden die Lebensgrundlagen des oberchlejsischen Deutschtums durch die Halbpollität dieses ehrenwerten Mannes und seiner Anhänger in den Reihen des Meisterverbandes und des Aufständigenverbandes aufs schwerste erschüttert, sondern auch in den landwirtschaftlichen Besitzstand des dortigen Deutschtums sind während der letzten Jahre bereits scharfe Einbrüche erfolgt. Das wird meist übersehen. Es sind, wie aus einem Bericht der im Jahre 1928 gegründeten Siedlungs-Gesellschaft „Szazak“ hervorgeht, in der Wojewodschaft Schelien von jeder Gesellschaft und dem Okregowy Urzad Ziemiak bisher über 20 000 Hektar an mehr als 9500 Siedler, davon im oberchlejsischen Teil der Wojewodschaft über 9000 Hektar an mehr als 4800 Siedler aufgeteilt worden. Zum weitaus größten Teil hat es sich dabei um deutsches Besitztum gehandelt, das durch die Aufteilung in die Hände polnischer Siedler gelangt ist. An sich ist der deutsche landwirtschaftliche Besitz im oberchlejsischen Teil der Wojewodschaft vorerst noch durch das Guts-Verkaufsgesetz vor der Liquidierung und zangsweisen Aufteilung geschützt. Mit dem Ablauf des Abkommens im kommenden Jahr aber ist auch in diesem Teil Polens mit einem ergreifendsten Angriff auf den deutschen landwirtschaftlichen Besitzstand zu rechnen, — wenn es nicht etwas gelingt, zu einer neuen Vereinbarung auf diesem Gebiet zu gelangen. In Polen und Pommern ist der deutsche landwirtschaftliche Besitz dem polnischen Zugriff von jeder Art des preisgegeben gewesen. Denn die fragwürdige Attitüde des Völkerverbundes, der mehrfach gegen die antideutschen Tendenzen der polnischen Agrarreform vorgehen versuchte, kann man schwerlich als ein geeignetes Schutzmittel bezeichnen.

Die polnische Regierung scheint sich die Beuteparole des Meisterverbandes zu eigen zu machen. Darauf deutet der Vorgehensplan hin, den der Ministerpräsident für das Jahr 1937 aufgestellt hat. Wieder

werden, wie in früheren Jahren, die ehemals reichsdeutschen Gebiete von der Agrarreform am stärksten betroffen. Aus Privatbesitz sollen in der Wojewodschaft Polen 20 000 Hektar und in Pommern 12 000 Hektar aufgeteilt werden. In den anderen Wojewodschaften sind zum Teil erheblich geringere Privatflächen zur Aufteilung vorgesehen, und zwar: Lublin 11 500 ha, Warschau 11 000 ha, Larnopol und Wlohylnie 6000 ha, Wilna, Nowogrod und Bemburg 7000 ha, Kielce 6000 ha, Bialystok 5000 ha, Polesien 4000 ha, Krafau 2500 ha und Stanislaw 2000 ha. Die besonders starke Heranziehung Polens und Pommerns, wo die Aufteilungsziffern dieses Mal höher sind als in den bisherigen Jahren, läßt es von vornherein als sicher erscheinen, daß hier zu einem neuen Beutegzug gegen den deutschen landwirtschaftlichen Besitz gerückt wird.

Wenn es den Deutschen der Westgebiete bisher noch gelungen ist, sich inmitten des allgemeinen wirtschaftlichen Verfalls auf einen Teil ihres alten Besitzes zu halten, so ist das ein glänzender Beweis für die Wurzelhaftigkeit, die Heimatverbundenheit und die wirtschaftliche Tüchtigkeit dieser Deutschen. Gerade das aber bringt die patriotischen Gemüter gewisser polnischer Kreise in Wallung. Die Einsicht, daß es ihnen unmöglich ist, die Deutschen im freien Wettstreit der Kräfte aus ihrem angestammten Besitz zu verdrängen, veranlaßt sie, ihre Zuflucht zu geschlichen oder auch ungeschlichen Zwangsmitteln zu nehmen und nach dem Einsatz staatlicher Nachmittel zu rufen. Der Kampf um den Boden hat in den ehemals reichsdeutschen Gebieten von neuem begonnen. Als Kruer im Streit tritt wie schon so oft wieder der Meisterverband auf den Plan. Er konzentriert seine Kräfte in diesem neuen Abschnitt des Kampfes auf Hocherschließen von Pommern. Er entfacht die öffentliche Meinung zum Kampf gegen das Deutschtum dieser Gebiete, indem er gegen dieses den Vorwurf der Unloyalität gegenüber dem polnischen Staate erhebt, falsche und entstellende Berichte über die Lage der Polen in Deutschland verbreitet und von einer Gefährdung der polnischen Staatlichkeit spricht. Es bleibt ein Rätsel, wie man eine derartige Haltung mit einer normalen Weiterentwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen vereinbaren will.

## „Kurjer Poznanski“ etwas verrückt

Die geistig um den endelischen „Kurjer Poznanski“ gruppierten polnische Studentenverbindungen veranstalteten am 9. Februar in der Repräsentationshalle der polnischen Messe eine „Meeresfeier“. Der Anlaß hierzu war die 16. Wiederkehr des Tages, an dem Polen, ohne daß die Bevölkerung des betreffenden Gebietes nach ihrer Meinung gefragt worden wäre, den Zugang zum Meer erlangte, sowie die 10. Wiederkehr des Tages, an dem Gdingen zur Stadt erhoben wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die zur Meeresfeier in Polen am 9. Februar Versammelten stellen fest, daß die Politik unseres Staates unseren Brüdern in den uralten polnischen Gebieten, im Sletliner Pommern (gemeint ist Pommern), in Ostpreußen und Schelien, helfen muß. Wir senden unseren Brüdern den Ausdruck unserer Hoffnung und fordern sie zum weiteren Aushalten auf. Wir stellen fest, daß unsere Rechte in Danzig, die uns durch Verträge zugesichert sind, weder aus wirtschaftlichem noch aus politischem Gebiet genügend ausgenutzt und geschützt sind. Wir fordern also, daß Danzig zur Wahrung der polnischen Rechte gezwungen wird. Wir fordern die gesamte Bevölkerung in Danzig zu einer engeren Verbindung mit dem polnischen Volk auf, mit einem Volk, das über das Los dieses Bevölkerung macht, die auf einem Polos steht, der durch Deutschland bedroht ist. Wir fordern Nationalisierung des Wirtschaftslebens unseres Küstengebietes und vor allem unseres Hafens Gdingen, da eine jüdische und deutsche Expansion dort die Lebensinteressen unseres Volkes bedroht. In der Ueberzeugung, daß die einzige Sicherung unseres Lebens als Volk unsere

Armee ist, fordern wir eine weit stärkere Berücksichtigung der Heeresbedürfnisse und besonders der Kriegsmarine als bisher. Eine starke Flotte nämlich ist die beste Garantie unseres Zuganges zum Meer. Wir fordern das gesamte Volk angesichts der Gefahren, die uns von dem gestürzten Deutschland her drohen, zum Opfert für die Seerüstung auf.“

In Deutschland hat man für Falschschliche Verständnis. Doch hat man den Eindruck, daß solche Scherze auf politischem Gebiet schlecht angebracht sind. Zu den einzelnen Punkten der Entschließung sei kurz folgendes bemerkt: 1. Von der brüderlichen Meinung der Bewohner Pommerns, Ostpreußens und Scheliens scheinen sich die Herren um den „Kurjer Poznanski“ recht übertrieben Vorstellungen zu machen. 2. Solange diese Herren nur von ihren Rechten in Danzig sprechen und darüber ihre vertraglichen Pflichten dieser deutschen Stadt gegenüber vergessen, kann man mit ihnen über das Danziger Problem nicht diskutieren. 3. Danzig weiß aus seiner glanzvollen und kampfreichen Geschichte, daß seine Bedrohung stets um so größer war, je enger es sich mit dem polnischen Volk verband. Das traurige Beispiel der Zeitgeber kann die Danziger Deutschen nicht reizen. 4. Von wem sich das deutsche Danzig bedroht fühlt, das wird nicht in Polen, sondern in Danzig selber entstehen. 5. In der Forderung nach Nationalisierung des Wirtschaftslebens (mit staatlichen Zwangsmitteln) liegt das Eingeständnis einer bemerkenswerten Unfähigkeit der privaten polnischen Initiative. 6. In bezug auf den Ausbau der polnischen Kriegsmarine sind die Herren um den „Kurjer Poznanski“ über die Vorhältnisse, die der polnischen Regierung von bestimmter Seite gemacht worden sind, anscheinend nicht orientiert. Das ist auch nicht nötig.

# Die Teschener Dreivölkerecke

Ein bemerkenswertes Buch

Im Zusammenhang mit dem polnisch-tschechischen Streit um die Behandlung der im Gebiet von Tschechien-Teschen und Mährisch-Odrau anässigen Polen hat sich auch die deutsche Öffentlichkeit im vergangenen Jahre mehrfach mit der Teschener Frage befaßt. Man kann nicht behaupten, daß die Kommentare, die gelegentlich zu den jeweiligen Tagesereignissen gebracht wurden, immer von besonderer Sachkenntnis zeugten. Das ist bis zu einem gewissen Grade verständlich. Denn ein Teschener Problem hat es für die Deutschen, die vor dem Kriege hinter den gesicherten Reichsgrenzen wohnten, eigentlich niemals gegeben; und in den Jahren unmittelbar nach dem Kriege, als das Teschener Gebiet zu einem Brandherd Europas aufblühte, war man im Reiche viel zu sehr mit den Sorgen innerhalb der eigenen Grenzen beschäftigt, um in dem Land, das sich zwischen der alten Reichsgrenze und den Besitzten, zwischen der Ostmark und der Biala erstreckt, ein interessierendes Streitproblem oder gar eine deutsche Chance zu sehen. Dazu kam, daß es über diese Frage weder im deutschen, noch im ausländischen politischen Schrifttum eine wirklich brauchbare Darstellung gab. Dieser Mangel ist jetzt durch ein umfangreiches Werk von Kurt Witt „Die Teschener Frage“ behoben. (Wolt und Reich Verlag, Berlin 1936.)

Das Teschener Land vor dem Kriege

Die Teschener Frage hat als Problem der europäischen Politik eine volkspolitische und wirtschafts- und verkehrspolitische Seite. Im folgenden seien in Anlehnung an das Buch von Kurt Witt die volkspolitischen Tatsachen des Teschener Landes, des alten Herzogtums Teschen oder Ostschlesien, wie es als ehemals österreichisches Verwaltungsgebiet genannt wurde, skizziert. In Ostschlesien wurden bei der österreichischen Volkszählung von 1910, der letzten Zählung vor dem Kriege, etwa 435 000 Einwohner gezählt. Sie verteilten sich in den vier Kreisbezirken, in die das Verwaltungsgebiet damals eingeteilt war, auf die einzelnen Nationalitäten wie folgt:

Kreisbez.	Polen	Tschechen	Deutsche
Bielitz	66 148	790	32 775
Friedeb.	15 093	80 491	11 944
Freistadt	75 462	28 103	15 159
Teschen	77 147	6 204	17 045
Ostschlesien	239 850	115 597	76 923

Hinsu kamen noch 7854 Staatsfremde und 297 Angehörige anderer Nationalitäten. Demnach handelte es sich bei dem damaligen Verwaltungsgebiet Ostschlesien um ein ausgesprochenes Dreivölkereck, in dem die bei der Volkszählung als „Polen“ Bezeichneten etwa 54 v. H., die Tschechen etwa 27 v. H. und die Deutschen etwa 15 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachten. Es muß jedoch gleich hinzugefügt werden, daß es sich bei den als „Polen“ Bezeichneten in der Hauptsache um Slonzaken handelte, also um eine Bevölkerungsschicht, die dank ihrer geschichtlichen Entwicklung in flüchtiger und enger Fühlung mit dem bodenständigen Deutschum, von einem durch aus eigenen Stammesbewußtsein erfüllten, und in der sich gerade in den letzten beiden Vorkriegsjahren eine große Bereitschaft zur völligen Einordnung in den deutschen Kulturkreis feststellen ließ. Dieser brachte man dieser deutschfreundlichen Tendenz der Slonzaken weder im Teschener Deutschum selbst, noch in Wien, wo in den möglichen Verhältnissen das Polentum Trumpf war, das notwendige Verständnis entgegen. Die geschichtliche Gemeinschaft im schlesischen Raum, die erst durch die Kriege Friedrichs des Großen gebrochen wurde, die sprachliche Sonderstellung und die beachtliche Kulturhöhe des Landes trennten die Slonzaken von den benachbarten galizischen Polen.

Doch machte sich bereits längere Zeit vor dem Kriege, ähnlich wie in Ostschlesien, auch im Teschener Lande eine nationalpolnische Bewegung bemerkbar. Sie

wurde wie dort in der Hauptsache von landfremden Elementen getragen, die, im Zusammenhang mit der raschen Industrialisierung, von Galizien her vor allem die Bezirke Freistadt, Schleßisch-Odrau und Oberberg (wie auch den westlich anschließenden Mährisch-Odrauer Bezirk) überfluteten und, als ein sozial und kulturell tiefstehendes Element, dem Einfluß radikaler politischer Ideen besonders leicht zugänglich waren. Auch das Tschechentum des Teschener Landes erhielt in dieser Zeit Zugang aus seinen Stammbereichen in Böhmen und Mähren. Doch handelte es sich hierbei vielfach um Beamte und sonstige Angehörige der Intelligenz. Nach der Umgangssprache verteilten sich die Polen-Slonzaken und die Tschechen vor dem Kriege etwa folgendermaßen: Die Bezirke Bielitz und Teschen sowie die östliche Hälfte des Bezirks Freistadt waren eindeutig polnisch-slonzakisch; der größte Teil des Bezirks Friedeb. und einige westliche Randgemeinden des Bezirks Teschen waren ebenso eindeutig tschechisch; die besonders industriereiche Nordwestecke Ostschlesiens dagegen war ebenso wie der westlich anschließende Bezirk Mährisch-Odrau ein Gebiet, in dem sich die beiden Volksgruppen unentwirrbar vermischt hatten. Als dritter Bevölkerungsanteil kam noch das Deutschum hinzu; es lag und lag noch heute besonders in den Städten des Landes und deren Umgebung: Bielitz, Stettin, Teschen, Friedeb., Freistadt, Oberberg, Oderfurt, Wittwitz, Mährisch-Odrau usw. (Bielitz ist noch heute die einzige Stadt Polens, die eine deutsche Mehrheit aufweisen kann).

Volksabstimmung oder nicht?

Aus der nationalen Zusammenfassung des Landes ergibt sich, daß die Polen ihren Anspruch auf das Teschener Land, als mit dem Zusammenbruch Habsburgs die Frage der staatlichen Zuteilung des Landes akut wurde, von der Volksstimmung her zu begründen versuchten, wobei sie sich natürlich sehr hüteten, die stammliche Besonderheit des bodenständigen slonzakischen Elementes anzuerkennen. Die Tschechen konnten allenfalls in bezug auf das westliche Viertel des Landes mit dem böhmischen Argument operieren; sie zogen es daher vor, ihre Zuflucht zu jenen merkwürdigen historischen „Argumenten“ zu nehmen, die aus dem tschechischen Kampf um die sudetendeutschen Gebiete hinreichend bekannt sind. Der erbitterte Streit, der nach dem Kriege zwischen Polen und der Tschechei um den Besitz des Teschener Landes geführt wurde, wird von Kurt Witt in seinem Buche in allen seinen dramatischen Einzelheiten beschrieben. Nur einige Episoden, die für das böhmische Gesicht dieses Landes bezeichnend sind, seien erwähnt: Ende September 1919 beschloß der Oberste Rat in Paris, in dem fristigen Gebiet eine informative Volksabstimmung durchzuführen. Die Polen hatten einen dahingehenden Antrag gestellt. Aber ihnen war, als der Rat dann in ihrem Sinne entschieden hatte, durchaus nicht wohl zumute. Es lag ihnen trotz der schönen statistischen Zahlen, die für sie zu sprechen schienen, gar nichts daran, die Probe aufs Exempel zu machen. Sie hatten den Antrag auf Volksabstimmung in Wirklichkeit nur gestellt, um Zeit zu gewinnen. Jetzt, wo es mit der Abgabe eines nationalen Befehntnisses ernst zu werden versprach, zeigte es sich, wie wenig innere Verbundenheit zwischen den Slonzaken und den Polen bestand.

Die Slonzaken begaben sich nämlich in eine ausgesprochene Abwehrstellung gegen die Polen. Die von der Rada Narodowa organisierten Morbarden, die sich in der Hauptsache aus der zugewanderten galizischen Arbeiterkraft rekrutierten, taten das Ihre, um den Slonzaken einen Vorzeigemaß der polnischen Staatslichkeit zu geben, in die sie eingegliedert werden sollten. Es war unter diesen Umständen kein Wunder, daß sich auf polnischer

**Werbt für „Ostland“!!**

Selte immer mehr Stimmen jochfuchdiger Männer erhoben, die dazu rieten, es zu keiner Volksabstimmung kommen zu lassen. Am 13. April 1920 schrieb der Beauftragte des Markgrauen Außenministeriums in Teschen, Dr. Günther, an seine Regierung: „Wenn das Plebiszit stattfinden sollte, werden wir alles verlieren.“ Der ehemalige polnische Staatsbeauftragte in Teschen, Jarmoritz, sprach am 19. April 1920 in Lemberg in einer öffentlichen Versammlung davon, daß eine Volksabstimmung für Polen „eine Niederlage von unberechenbaren Folgen“ sein werde. Einem Bericht der Katowitzer „Gazeta Robotnicza“ vom 27. Mai 1920 zufolge bekannte der damalige polnische Außenminister Patek im Sejm, daß er eine Volksabstimmung in Teschen vom polnischen Standpunkt aus nicht mehr für durchführbar halte. Und im Juni desselben Jahres trat derselbe Minister vor dem Vorkongressrat ganz entschieden dem Gedanken einer Volksabstimmung entgegen. Es ist dann bekanntlich auch zu keiner Abstimmung gekommen. Im Teschener Land herrschte der Terror. Plünderungen, Ueberfälle, Morde waren an der Tagesordnung. Die interalliierten Truppen, die das Land besetzt hatten, waren nicht mehr imstande, für die Aufrechterhaltung des Friedens zu sorgen; sie hatten Mühe, hinter Stadefahrt und Maschinen-gewehren ihr eigenes Leben zu sichern. Am 28. Juli 1920, während Polen in sein Kriegsabenteuer mit den Bolschewiken verwickelt war, wurde das Land durch einen Spruch der Vorkongresskonferenz unter die beiden Partner geteilt.

#### Nationale Verschiebungen in Tschechoslowakei

Die Teilung hatte unmittelbar erhebliche Verschiebungen in der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung auf beiden Seiten der neuen Grenze zur Folge. Zahllose Angehörige und Sympathisierende der beiden Parteien flohen aus Furcht vor der Rache des Gegners über die Grenze, um Zuflucht im anderen Teil ihres zerrissenen Heimatlandes zu suchen. Der zukünftige Zusammenhalt mit den bodenständigen Deutschen, den die Slowaken gepflegt hatten, wurde zerrissen. Die slowakische Heimatbewegung verlor ihre Führer. Diese mußten entweder das Land verlassen, oder sie gingen ins tschechische Lager. So war die Waffe des Slowakentums schußlos den Einwirkungen und dem Druck der Wölfer ausgesetzt, deren Staaten sie zugeteilt worden war. Ein übriges tat dann die bekannten stilkichen Zählungs-methoden, um das statistische Bild der Nationalitäten-verhältnisse in den beiden Hälften des Teschener Landes zu torrigen. Die Verschiebungen, die auf diese Weise im Zahlenbild eintraten, gehen aus nachstehender Auflistung hervor. In dem der Tschechei zugesprochenen Teil des Teschener Landes gab es

	Tschechen	Polen	Deutsche
1910	114 800	145 700	44 100
1921	177 600	69 300	23 000

In diesen Angaben sind die Staatsfremden nicht enthalten. Deren Zahl ist für das Jahr 1921 sehr beträchtlich: 36 878. Unter diesen als Staatsfremd gekennzeichneten Personen befanden sich 17 645 Polen und 3367 Deutsche. Aber auch wenn man diese Zahlen zu denen der obigen Tabelle hinzuzählt, ergibt sich ein ganz erhebliches Ansteigen in der Statistik als „Tschechen“ angeführten Personen auf Kosten der Deutschen und Polen. Rechnet man die deutschen und polnischen Staatsangehörigen den entsprechenden Nationalitäten hinzu, so hat es nach der tschechischen Statistik im Jahre 1921 in Tschechoslowakei etwa 264 000 Deutsche und etwa 86 900 Polen gegeben. Diese letzteren verteilten sich auf die einzelnen Gerichtsbezirke wie folgt:

	Arbeits	700
Schlesisch-Odrau	4 100	
Oderberg	8 000	18 000
Freistadt	36 500	19 500

Zu diesen Polen des Teschener Gebietes sind noch diejenigen des benachbarten Bezirkes Mährisch-Odrau hinzu-

zugählen. Unter den 362 000 ortsanwesenden tschechoslowakischen Staatsangehörigen sind dort im Jahre 1921 nur 1595 als Polen ausgewiesen worden; außerdem hat es unter den fremden Staatsangehörigen aber noch etwa 8500 Polen gegeben. Da es außerhalb des Teschener Landes und des Bezirkes Mährisch-Odrau in der Tschechei keine nennenswerte Zahl von Polen gibt (nur in den Bezirken Zips und Kroatia gibt es noch einige tausend), hat nach Abzug der tschechischen Volkszählung von 1921 das Polentum in der Tschechei insgesamt rund 100 000 Seelen gezählt. Das bedeutet gegenüber 1910 einen Rückgang um ein reichliches Drittel. In den inzwischen verfloßenen anderthalb Jahrzehnten sind zweifellos noch weitere bedeutende Verschiebungen zugunsten des Tschechentums auf Kosten des Polentums und vor allem des Polentums eingetreten. Neuere aufbereitete Zahlenangaben liegen hierüber nicht vor.

#### Veränderungen in polnisch-Teschen

Auch in dem polnisch gewordenen Teil des Teschener Landes hat sich nach der Teilung manches geändert. Der zahlenmäßig gewinnende Partner ist hier natürlich das Polentum gewesen. Tschechen hat es stillschweigend die Grenze bildet, niemals in größeren Mengen gegeben. 1910 sind es nur knapp 1000 gewesen. Sie haben das Land nach der Teilung nahezu reiflos verlassen. Ein tschechisches Element ist hier also nicht mehr vorhanden. Die relative Stärkung des Polentums ist demnach, soweit sie nicht auf die recht beträchtliche Zuwanderung aus Galizien und Kongresspolen zurückgeht, auf Kosten des Tschechentums und des mit diesem sympathisierenden Slowakentums erfolgt. Die polnische Nationalitätenstatistik von 1921 und die Muttersprachenstatistik von 1931 weisen folgende Entwicklung auf:

Bezirk	Polen		Anderer	
	1921	1931	1921	1931
Bielski Stadt	4 600	9 800	34 000	25 500
Bielski Land	40 400	53 200	11 200	9 600
Teschen	65 600	78 200	7 500	3 200
Polnisch-Teschen	110 600	141 200	34 000	25 500

Bei den „Anderen“ handelt es sich fast ausschließlich um Deutsche. Der deutsche Anteil, der vor dem Kriege noch etwa ein Drittel der Bevölkerung des später an Polen gekommenen Landesteiles ausgemacht hatte, ist nach Ausweis der polnischen Zählung von 1931 auf etwa ein Sechstel zusammengedrumpft. Doch sind die Angaben der polnischen Zählung (ebenso wie der tschechischen) zweifellos zu niedrig gegriffen; immerhin ist zu bedenken, daß sich heute das jüdische Element sowohl desletts wie jenseits der Odsagene zum Deutschtum, mit dem es früher zusammengehangen, losgemacht hat.

#### Die Slowaken als entscheidender Faktor

Die völkischen Verhältnisse des Teschener Landes sind auch nach der „Bereinigung“, die im Anschluß an die Teilung erfolgte, noch lange nicht zur Ruhe gekommen. Es wird, wenn von den volkspolitischen Fragen dieses Landes die Rede ist, fast stets nur von der Ungelegenheit der polnischen Volksgruppe in Tschechoslowakei gesprochen. Ueber dieser politisch im Vordergrund stehenden Ungelegenheit wird in der Regel vergessen, daß das Teschener Land beiderseits der neuen Grenze auch noch eine festgefügte deutsche Volksgruppe aufweist, die auf eine sieben Jahrhunderte alte glanzvolle Geschichte zurückblicken kann. Und vergessen wird zumeist auch, daß es dort einmal eine slowakische Bewegung gegeben hat, die, von der Waffe der bodenständigen Bevölkerung getragen, auf dem Wege zum Deutschtum bestritten war, eine Bewegung, die heute wohl ihre Führer verloren hat und vor allem auf polnischer Seite stark unterdrückt wird, die aber durchaus noch nicht tot ist. Die völkische Zukunft des Teschener Landes wird davon abhängen, ob es den Slowaken, die neben den Deutschen die eigentlich Heimatberechtigten sind, gelingen wird, ihre Stammesart zu bewahren und sie gegebenenfalls politisch zu aktivieren.

Dr. K.

Schon im vergangenen Jahre wurde von polnischer Seite mehrfach Klage darüber geführt, daß das Deutsche Reich mit seinen Zahlungen für den Transitverkehr durch den Korridor rüdfällig sei. Auch bei den Wirtschaftsverhandlungen des vorigen Jahres wurde gelegentlich die Möglichkeit einer Auswirkung der eingefrorenen polnischen Forderungen aus dem deutschen Transit von und nach Ostpreußen berührt. Es stellte sich aber heraus, daß das Deutsche Reich mit Rücksicht auf seinen Devisenbestand nicht in der Lage ist, die hohen Beträge, die inzwischen auf etwa 60 Millionen in Zloten aufgelaufen sind, zu übernehmen. Gegenüber der böswilligen Bericht-erstattung gewisser polnischer Blätter muß von vornherein klargestellt werden, daß hier nicht von einer Verweigerung der Zahlung, sondern nur von einer Schwierigkeit der Transferierung die Rede sein kann. Das hat auch der polnische Außenminister leghim im Haushaltsausschuß des Senates ausdrücklich betont.

Deutscherseits hat von jeher die Bereitschaft bestanden, die polnischen Forderungen aus dem Korridortransitverkehr durch Warenlieferungen oder Dienstleistungen zu begleichen. Aber polnischerseits hat man sich darauf verlegt, Bezahlung in Devisen zu fordern. Einerseits befehlet man, eine vermehrte Einfuhr deutscher Waren auf dem polnischen Markt nicht unterbringen zu können; und andererseits brandt man das Geld, um die Vöcher und schadhafte Stellen im Staatsbüdel zu stopfen. Deutscherseits hat man für diese polnischen Hinweise volles Verständnis. Man hat sich dementsprechend bemüht, dem polnischen Partner die Lieferung solcher Waren vorzuschlagen, die einerseits den polnischen Binnenmarkt nicht belasten und andererseits ohnehin aus dem Ausland auf Kredit eingeführt werden. Leider hat es die polnische Regierung vorgezogen, auch von diesem Angebot keinen Gebrauch zu machen und die betreffenden Aufträge in andere Länder zu geben. Mit der Bezahlung in Devisen aber wird es auch weiterhin keine Schwierigkeit haben. Dr. Schacht gibt nicht mehr, als er hat.

Auf die seit einiger Zeit erfolglos geführten Verhandlungen glaubte man polnischerseits, durch die Drosselung des deutschen Transitverkehrs durch den Korridor einen Druck ausüben zu können. Nachdem bereits vorher einige Warschauer Sensationsblätter das Gerücht verbreitet hatten, daß die deutsche Durchfuhr durch den Korridor völlig gesperrt werden würde, trat am 7. Februar 0.01 hier eine Verordnung des polnischen Verkehrsministers in Kraft, durch die der Personen- und Güterverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich erheblich eingeschränkt wurde. Bis dahin verkehrten auf den fünf „privilegierten“ Durchgangsstrecken täglich elf Schnellzug- und zwei Personenzugpaare. Auf Grund der polnischen Verordnung kamen hieron fünf Schnellzugpaare und ein Personenzugpaar in Postfall. Der Durchgangsverkehr auf der Strecke Di-Gnau-Bromberg-Schneidemühl mußte völlig eingestellt werden. Ferner wurde der Durchgangsverkehr für Sonder-, Bedarfs- und Ausflugszüge gänzlich gesperrt. Auch im Güterverkehr traten wesentliche Beschränkungen ein. Sie fallen mehr ins Gewicht als die Einschränkungen des Personenverkehrs.

Deutscherseits wurden sofort Gegenmaßnahmen in die Wege geleitet. Für die Wiedung des Personenverkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich wurde der sonst im Winter ausfahrende „Seedienst Ostpreußen“ herangezogen, der nicht nur den normalen Reiseverkehr zu unterstützen, sondern auch den stoßweisen Reiseandrang, wie die Kraft-durch-Freude-Fahrten, zu bewältigen hat. Der Güterverkehr mußte gleichfalls auf den Seeweg umgelenkt werden. Ein ausreichender Schiffsport stand zur Verfügung. Um zu verhindern, daß die durch die Beschränkung des Durchgangsverkehrs verursachte stärkere Beanspruchung der noch zur

Verfügung stehenden Verkehrsmittel zu einer unerwünschten Preissteigerung führt, wurde je die Tarifierhöhung im Ostpreußenverkehr (von bestimmten, genehmigungspflichtigen Ausnahmen abgesehen) verboten.

Beide Partner haben ein Interesse an einer möglichst baldigen Vereinigung dieses Falles. Und beide Teile sind davon überzeugt, daß der hier bestehende Gegensatz sich kein ernstliches Hindernis für den weiteren Ausbau der Beziehungen bilden darf. Auf polnischer Seite fällt es unangenehm auf, daß die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit plötzlich wieder auf die Tatsache hingelenkt worden ist, daß Ostpreußen in keinem territorialen Zusammenhang mit dem übrigen Reichskörper steht, und daß auch das Ausland plötzlich wieder vom Korridor spricht. Man darf hierzu wohl bemerken, daß nicht die eingefrorenen 60 Millionen, sondern die Maßnahmen des polnischen Verkehrsministers die seit einigen Jahren verkommen Diskussionen im Ausland wieder in Fluß gebracht haben.

Da die Frage des deutschen Durchgangsverkehrs durch den Korridor nun schon einmal aufgerollt ist, ist die Gelegenheit gegeben, gewisse Einzelfragen dieses Verkehrs zu besprechen. Von deutscher Seite wird z. B. darauf hingewiesen, daß die polnischen Durchgangstarife, die seit 1921 nicht mehr abgeändert worden sind, unerhältnismäßig hoch sind und billigerweise herabgesetzt werden müssen. Auf polnischer Seite scheint man sich mit der Unmöglichkeit, die Beträge für den Durchgangsverkehr in Devisen bezahlt zu erhalten, allmählich veritaun zu machen. Die Kreise, die es gerne leben würden, wenn über der Transitfrage die mit dem Gewaltverzichtspakt eingeleitete Politik einer deutsch-polnischen Annäherung in die Brüche ginge, befürworten eine weitere Drosselung oder gar völlige Abwägung des deutschen Durchgangsverkehrs. In den verantwortlichen polnischen Kreisen scheint man jedoch erheblich nüchternere zu denken. So hieß es z. B. in dem dem Ministerpräsidenten Koscilowski nahestehenden „Kurjer Poranny“: Es handle sich nicht darum, daß Deutschland ausfahre, den polnischen Transit zu benutzen, sondern darum, daß es ihn sich auch weiterhin dienbar mache, und daß es ihn bezahle. Deutschland könnte an sich einfach seinen Transit durch den Korridor auf Ausnahmefälle beschränken und ihn auf den Seeweg umleiten, der zwar länger und in den meisten Fällen mit Rücksicht auf die Umladekosten auch kostspieliger sei. Aber das Reich würde in einem solchen Falle trotzdem gewinnen, weil es einen bedeutenden Betrag an Saluten einsparen und zugleich eine große Ersparnis in die polnische Zahlungsbilanz schlagen könnte. Der „Kurjer Poranny“ macht dann den Vorschlag, die Forderungen, die Polen aus dem Durchgangsverkehr an Deutschland zu stellen hat, mit den Beträgen zu kompensieren, die Polen an die deutschen Schiffsahrtsgesellschaften zu zahlen hat, die im Frachtwert der Danziger und Gdingens eine erhebliche Bedeutung besitzen. Wenn das nicht ausreichen sollte, heißt es dann weiter, hätte Polen noch die Möglichkeit, sich an den in Polen reichlich vorhandenen deutschen Vermögensobjekten schadlos zu halten. Gegenüber diesem Vorschlage muß festgestellt werden, daß ein solches Vorgehen von polnischer Seite naturgemäß ein entpfehlendes Vorgehen gegen die Vermögensobjekte und Forderungen polnischer Staatsbürger in Deutschland heroorufen müßte. Vergeltungsmaßnahmen pflegen eine Schraube ohne Ende zu sein. Wer sie anwendet, begibt sich auf einen Weg, dessen Ziel er nicht absehen kann. Die Energie, die man auf sie verwenden möchte, wird sich in den meisten Fällen wenig bezahlt. Grundsätzlich gilt hinsichtlich der Bezahlung des deutschen Durchgangsverkehrs zweierlei: 1. Deutschland will zahlen, aber es kann nicht in Devisen bezahlen. 2. Deutschland trägt an der territorialen Regelung, aus der die gegenwärtigen Schwierigkeiten herorgegangen sind, keine Schuld.

Am 29. Juni v. Js. hielt General Sosnowski auf dem „Fest des Meeres“ in Gdingen eine viel beachtete Rede. Er berührte darin u. a. auch die Frage überseerischer Kolonien für Polen: „... Es ist schwer zu bestreiten, daß alle epolitischen Programme die Gefahr in sich bergen, daß sie die Aufmerksamkeit der Volksgemeinschaft von dem ablenken können, was am dringendsten ist und was im eigenen Hause vor allem der Erledigung harret. Und doch muß, wenn unser Staat stark und groß werden soll, der polnische Gedanke stark genug sein, um über die Meere fern, epolitischen Gebieten zuzustreben. Die Frage der Kolonien muß auf die Tagesordnung gestellt werden, im Innern durch die Schaffung einer starken Strömung der öffentlichen Meinung, nach außen durch die Dokumentierung der Rechte und Bedürfnisse des sich überfüllenden Polens.“ Seit dieser Rede, in der Sosnowski antwortete, daß Polen sich bei günstiger Konjunktur mit der Forderung nach überseerischen Kolonien einstellen werde, hat sich auf dem Gebiete der Kolonialpolitik der europäischen Mächte vieles ereignet. Mit Spannung hat Polen die unvermeidlichen Rückwirkungen des abessinischen Konfliktes auf die Frage der Neuverteilung der afrikanischen Kolonialgebiete verfolgt. Im Stillen hat es die Hoffnung, daß aus diesem Konflikt an irgendeiner rohtloffenen Ecke des schwarzen Kontinentes ein feiges Land für die polnischen Bedürfnisse herauspringen werde. Polen hat sich in der Kolonialfrage gleichsam an die Fersen Deutschlands geheftet.

Ende Januar gewährte der Führer und Reichskanzler einer Vertreterin des „Paris Soir“ eine Unterredung, in deren Verlauf er die Forderung Deutschlands nach Kolonien berührte. Einige Tage darauf kam auch der polnische Außenminister Oberst Bed im Haushaltsausschuß des Reichstages auf die Kolonialfrage zu sprechen: „Ich glaube, daß eine neue Konzeption des Kolonialwesens im Reife begriffen ist. Sir Samuel Hoare hat gesagt, er sehe die Notwendigkeit und Möglichkeit einer internationalen Verständigung sowohl über die Verteilung der Rohstoffquellen als auch über die Verwendung der menschlichen Arbeit auf der Welt ein. Der englische Außenminister vertritt den Standpunkt, daß man dies auf dem Wege einer friedlichen Verständigung versuchen müsse. In Genf betonte ich in entsprechender Form, daß wir uns vorbehalten, auf diese Frage in Zukunft zurückzukommen. Bei der Behandlung dieses Problems auf dem Wege der internationalen Verständigung wird unser Staat selbstverständlich die gleichen Rechte und die gleichen Möglichkeiten haben, seine

Interessen zu befriedigen.“ Daraus geht hervor, daß Polen in der Kolonialfrage auf Genf Boden bereits vorgedrungen ist. Es ist jedenfalls damit zu rechnen, daß Polen in dem Augenblick, in dem die Frage aufhört wird, lediglich eine Angelegenheit der Propaganda und theoretischer Erörterungen zu sein, ebenso wie Deutschland und Italien mit präzisierten Forderungen hervortreten wird.

Anfang Februar setzten sich im englischen Unterhaus einige Abgeordnete für eine Aufstellung der Kolonialfrage ein. Lord George führte aus: Er sei nicht dafür, daß Teile des britischen Weltreiches fortgelassen würden. Aber er behaupte, daß die durch den Vertrag von Versailles Deutschland genommenen Gebiete nicht als Besitzungen an die betreffenden Mächte verteilt worden seien, sondern daß das Recht, über sie zu verfügen, beim Völkerverbund liege. Seltensamen fanden sich diese Gebiete in einer anderen Nachfolge als die übrigen Besitzungen des britischen Reiches. Man sei übereingekommen, diese Gebiete England nur als Mandate und nicht als gescheitene Besitz zu übergeben. Er glaube nicht, daß es Frieden in der Welt geben werde, ehe nicht die Frage einer Neuverteilung der Mandate erwogen worden sei. Einige Tage darauf jedoch erklärte der englische Kolonialminister Thomas in eindeutiger Form, daß England zu einer Neuverteilung des Kolonialbesitzes seinen Beitrag zu leisten gedente, und daß die britische Regierung die Übertragung irgendwelcher britischer Kolonial-, Mandats- oder Protektoratsgebiete an andere Mächte weder erwogen habe noch erwäge.

Inzwischen scheint man in London daran zu denken, die Kolonialforderungen der rohtloffenen, überfüllten europäischen Staaten für den Fall, daß sie sich eines Tages doch nicht so einfach beiseite schieben lassen sollten, auf den Besitz anderer Staaten, etwa Portugals oder Hollands, abzulasten. Doch ergibt sich aus der ganzen Lage der Dinge, daß sich die Frage einer Neuverteilung der kolonialen Rohstoffgebiete und Absatzmärkte in erster Linie auf die ehemals deutschen Kolonialgebiete bezieht. Diese Tatsache gibt der polnischen Forderung nach überseerischen Besitzungen eine besondere Note. Es versteht sich von selbst, daß, wenn diese Angelegenheit einmal aufgerollt wird, der ehemalige und rechtmäßige Besitzer, also Deutschland, ein wohl begründetes Recht darauf hat, daß seine Kolonialforderungen vordringlich berücksichtigt werden. Denn schließlich wäre das Unrecht des Kolonialraubes nicht dadurch geheilt, daß dritte Mächte den Raub anderweitig verteilen.

## Danzig nach dem Genfer Bericht

Als Senatspräsident Greiser nach Genf fuhr, standen die Zeichen auf Sturm: Der Völkerverbunds-Kommissar Lister hatte zu einem großen Schlag gegen die nationalsozialistische Regierung der Freien Stadt ausgeholt. Die in Genf versammelten Mächte, mit Eden und Litwinow an der Spitze, waren entschlossen, das kleine Danzig ihre erdrückende Lebermacht fühlen zu lassen. Die oppositionellen Parteienfunktionäre in Danzig hatten einigen Grund, sich nahe am Ziel ihrer Wünsche zu glauben. Aber schließlich vertiefen die Dinge in Genf doch wesentlich anders, als diese Leute es sich vorgestellt hatten. Das Ergebnis war ein Bericht des Völkerverbundsrates, der sich in seinen Schlussfolgerungen darauf beschränkte, der Danziger Regierung in einigen Einzelfragen (hinsichtlich des Ehrenbüchses der nationalen Verbände, der Strafrechtsreform usw.) gewisse Vorleistungen zu machen und im übrigen in einigen unklaren Sätzen, die das Verhältnis des Völkerverbundes und Polens zu Danzig betrafen, versuchte, das Prestige des Rates und seines Danziger Exponenten zu wahren. Der in Genf ur-

sprünglich verfolgte Plan eines scharffen Diktates wurde fallen gelassen.

Das war nicht zuletzt der Erfolg der energischen Haltung des Senatspräsidenten, der es verstand, die in Genf anwesenden Leute davon zu überzeugen, daß der Versuch, der Freien Stadt ein Diktat aufzuerlegen, eine ausgesprochene Kampfstellung der Danziger Bevölkerung gegen den Völkerverbund hervorzurufen müsse. Greiser gab zu verstehen, daß er unannehmbar Forderungen mit seiner sofortigen Abreise aus Genf beantworten werde. Er kündigte an, daß er in einem solchen Falle von seinem Posten mit der ausdrücklichen Begründung zurücktreten werde, daß Genf die Arbeit einer aufbauwilligen Regierung in Danzig unmöglich mache. Er verwies darauf, daß dann in Danzig u. U. Rewa wählen stattfinden würden, die die NSDAP in die ausschließliche Lage versetzen, mit der Parole: Gegen den Völkerverbund! in den Wahlkampf zu gehen. Und schließlich teilte er mit, daß er bereits jetzt die Zufriedenung der

höchsten Stellen der NSDAP im Reich beizugehen, für einen etwaigen neuen Wahlkampf in Danzig rückhaltlos zur Verfügung zu stellen.

Gegenüber dieser ebenso einfachen wie überzeugenden Beweisführung des Senatspräsidenten wurden die anfangs so starken Männer von Gensf weich in den Knieen. Denn schließlich wäre eine Volksabstimmung unter einer solchen Parole für eine Einrichtung wie den Bälterbund wohl das Feindstück, was ihr zufließen könnte. Der Bälterbund hat allen Grund, die nationalsozialistische Regierung der Freien Stadt nicht noch weiterhin durch seinen Kommissar provozieren zu lassen. (In Polen wird man übrigens gut daran tun, diese Feststellungen entsprechend auch auf sich anzuwenden.) Es läge in seinem wohlverstandenen Interesse, seinem Kommissar für die Zukunft eine weitgehende Zurückhaltung in den Fragen der Danziger Innenpolitik anzurufen.

Die nationalsozialistische Regierung der Freien Stadt kann sich niemals damit einverstanden erklären, daß irgendein Kommissar unter dem Vorwand, für die Erhaltung der angeblich bedrohten Verfassung eintreten zu müssen, in Danzig eine Art Rebenregierung aufstellt. Die Regierung hat zu erkennen gegeben, daß sie nach der Gensfer Tagung nach wie vor dazu entschlossen ist, den staatsfeindlichen Kartellfunktionen der Danziger Opposition eine Behandlung zuteil werden zu lassen, wie sie von den verantwortungsbewußten Regierungen aller Staaten derartigen Elementen gegenüber angewandt wird. Die Vorgänge, die sich in Gensf hinter den Kulissen abspielten, geben ihr hierzu mehr denn je das moralische Recht. Senatspräsident Greiser hat in seinem Redenschaftsbericht, den er am 31. Januar in drei Massenunterkünftungen vor der Danziger Bevölkerung abgelegt hat, über einige sehr bezeichnende Einzelheiten der Gensfer Kulissenarbeit

der Oppositionsfunktionäre berichtet. Diese Leute haben es fertig gebracht, sich an einflußreiche Kreise des Bälterbundes mit dem Ersuchen zu wenden, entgegen dem rechtskräftigen Urteil des Danziger Obergerichtes die Volksstimmabgabe vom April v. Js. für ungültig erklären und die dann notwendigen Neuwahlen unter dem „Schuh“ einer vom Bälterbund zu entsendenden internationalen (also wohl einer polnischen) Polizeitruppe stattfinden zu lassen. Sie haben ihre Gensfer Gönner weiter gebeten, dafür zu sorgen, daß die Danziger Regierung durch einen Wuchspruch des Bälterbundes gestürzt und durch ein — natürlich aus Gegnern des Nationalsozialismus bestehendes — „Direktorium von Köpfen“ ersetzt werde, an dessen Spitze e n besonderer Vertrauensmann des Bälterbundes gesetzt werden solle.

Diese Bitten blieben jedoch unerfüllt, weil die, an die sie gerichtet waren, wohl das richtige Empfinden gehabt haben mögen, daß ihre Erfüllung den gesamten Fragenkomplex des Danziger Statutes ausgerollt hätte. Wenn die Oppositionsfunktionäre wirklich so fest davon überzeugt sind, daß sie die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben, wie sie es seit Monaten in ihrer Presse verstanden, dann kann man sich nur darüber wundern, daß sie sich bisher noch immer nicht dazu zu entschließen vermochten, die ihnen zur Herbeiführung von Neuwahlen zur Verfügung stehenden verfassungsmäßigen Mittel des Volksbegehrens und des Volksentscheides anzuwenden. Sie haben sich nicht deshalb an den Bälterbund gewandt, weil sie kein anderes Mittel mehr haben, um zu ihrem vermeintlichen Recht zu gelangen, sondern weil sie im tiefsten Innern davon überzeugt sind, daß sie die Mehrheit der Danziger Bevölkerung nicht hinter sich haben. Auch für sie ist das Wort des Führers bestimmt: Wer heute noch gegen uns ist, ist gegen Deutschland.“

## Ostland-Chronik

### Wirtschaftsbefahrungen mit Litauen

Auf den wiederholt geäußerten Wunsch von litauischer Seite sind zwischen der Reichsregierung und der litauischen Regierung Befahrungen über die Ausgestaltung des beiderseitigen Warenverkehrs aufgenommen worden. Für das Deutsche Reich ist die Voraussetzung zur Aufnahme der Befahrungen die Anbahnung normaler Verhältnisse im Memelgebiet gemeldet. Im dem Augenblick, in dem sich dort ein Rückschlag bemerkbar machen oder eine Behinderung der Arbeit des deutschen Direktoriums und des Landtages eintreten sollte, werden die Befahrungen von deutscher Seite sofort wieder abgebrochen und wird der Wirtschaftsstamp gegen Litauen rücksichtslos fortgesetzt werden. Es bleibt dabei, daß sich das Verhältnis des Deutschen Reiches zu Litauen nach der Politik richtet, die die litauische Regierung im Memelgebiet verfolgt. Entsprechendes gilt auch im Verhältnis zu Lettland und anderen Staaten.

### Litauen baut sich einen eigenen Hafen

Wie der „Ost-Express“ meldete, arbeitet das litauische Verkehrsministerium seit Jahren am Ausbau eines Hafens an der litauischen Ostseeküste. Es handelt sich um den nahe der lettlandischen Grenze gelegenen Fischerhafen Schwentoji. Die dänische Kaufmanns- und Schutz, die auch am Ausbau des Öbinger Hafens wesentlich mitgewirkt hat, hat an diesem Hafen im Laufe der letzten Jahre verschiedene Erweiterungsbauten durchgeführt, so daß Schwentoji im Notfall jetzt auch den Anforderungen eines Handelshafens für Litauen gewachsen wäre. Auf einer kürzlich in Rauen veranstalteten Tagung litauischer Bauingenieure wurde beschlossen, neben dem Hafen eine moderne Stadt anzulegen. Mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Planes ist man bereits beschäftigt. Litauen will sich demnach kein „Öbinger“ bauen; es sorgt sich vielmehr für den Fall vor, daß Memel einmal nicht mehr innerhalb der litauischen Hoheitsgrenzen liegen sollte ...

### Kreistagswahlen im Memelgebiet

Am 24. Februar finden in den drei Landkreisen des Memelgebietes, Hendturg, Bogegen und Memel, die Kreistagswahlen der Kreistage statt. Den zuständigen Wahlkommissionen sind nicht weniger als 42 Listen eingereicht worden, von denen allein 27 auf den Kreis Hendturg entfallen. Der litauische Kreistagskommandant hat einer ganzen Reihe der vom memeldeutschen Seite aufgestellten Kandidaten das aktive und passive Wahlrecht entzogen, weil sie früher einer der angeblich „staatsfeindlichen“ Parteien von Saß und Reumann angehört haben. So darf z. B. der Gutsbesitzer Schulze in Mielkeiten, der jetzt kommunistischer Landrat des Landkreises Memel ist, weder wählen noch gewählt werden.

### Deutsch-polnische Bejude

Am 8. Februar hielten sich 50 Bergleute aus den polnischen Kohlenrevieren zu Besuch in Berlin auf. Ihr Besuch galt vor allem dem Studium des Rettungs- und Unfallwesens im deutsch-ober-schlesischen Bergbau. Die Gäste saßen am Ehrenmal in der Beuthener Schrottholzstraße einen Kranz nieder.

Vom 13. bis zum 18. Februar führt die polnische Jungjuristenvereinigung Rada Naczelna in Verbindung mit dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen eine Studienfahrt polnischer Jungjuristen durch Deutschland durch. An der Fahrt nehmen etwa 80 polnische Referendare und Studenten teil. In Dresden werden die Gäste vom Oberbürgermeister begrüßt. Gar-misch-Bartenkirchen wird ein Besuch abgetattet; dort nehmen die Gäste u. a. an der Schlussfeier der olom-pischen Winterpiele teil. Die Fahrt findet ihren Abschluß in Berlin, wo im Haus der Deutschen Rechtsföhrer ein Kameradschaftsabend stattfindet, bei dem Reichsminister Dr. Frant die Gäste begrüßt.

Reichsminister Dr. Frant hielt am 12. Februar in Warschau auf Einladung polnischer Juristen einen Vortrag über das neue Deutschland.

Mitte Februar finden die alljährlichen Repräsentationsjagden des polnischen Staatspräsidenten statt. An ihnen nimmt auch Ministerpräsident Göring teil. Auch der Danziger Senatspräsident Greier gehört zu den Gästen. Wie schon im vergangenen Jahre, so werden auch diesmal von einem Teil der polnischen Presse an den Jagdbesuch der beiden deutschen Staatsmänner allerlei Gerüchte über eine weitere Ausgestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen geknüpft.

In Berlin finden im Laufe des Monats Februar wiederum deutsch-polnische Wirtschaftssprechungen statt. Sie beziehen sich auf die Regelung des deutsch-polnischen Warenverkehrs im Monat März.

Unter Leitung eines Universitätsprofessors traf eine Abordnung kaiserlicher Studenten und Studentinnen zu einem mehrtägigen Besuch in Breslau ein, der dem Zweck diente, die polnischen Gäste mit dem Ideengut und den Einrichtungen des Dritten Reiches bekannt zu machen. Im Vordergrund stand ein Besuch des Arbeitsdienstlagers in Jöbten. Das einfache, aber disziplinierte Lagerleben der deutschen Jungen hinterließ bei den Gästen einen ausgesprochenen Eindruck.

#### 16 410 Deutsche Kinder Kongresspolens ohne deutschen Unterricht

In den fünf Zentralwojewodschaften Warschau, Lublin, Lodz, Kielce und Bialystok wachsen nicht weniger als 16 410 deutsche Kinder ohne jeglichen deutschen Unterricht auf. Von dem weit verzweigten Netz der deutschen evangelischen Kantorschulen, die in mehreren hundert der kinderreichen deutschen Kolonien bestanden, ist fast nichts übrig geblieben. In den meisten staatlichen Schulen ist der deutsche Unterricht für die deutschen Kinder völlig weggefallen. Ein gut Teil der deutschen Kinder wächst in der allerchristlichsten polnischen Republik auf ohne jeden Religionsunterricht auf. In den fünf genannten Wojewodschaften haben 6364 deutsche Kinder keinen Religionsunterricht. Sie besuchen Schulen, an denen es keinen evangelischen Lehrer gibt. Bei der meist weiten Entfernung der Kolonien vom nächsten Kirchdorf ist es auch nicht ohne weiteres möglich, daß andere beamtete Kräfte den Religionsunterricht erteilen. Mit Freuden wurde seinerzeit von den evangelischen Eltern in Kongresspolen die Verfügung begrüßt, wonach im Zusammenhang mit dem Religionsunterricht sozialer Schreibe- und Lesunterricht erteilt werden dürfe, als nötig ist, um das evangelische Kind in die Sprache der Bibel, des Gebetbuches und des Katechismus einzuführen. Leider hat dieser „Spracherlaß“ aber vielfach noch keine Anwendung gefunden, so daß die Kinder durch die mangelnde Kenntnis der Muttersprache auch dem Religionsunterricht nicht genügend folgen können — was die polnische Propaganda natürlich nicht hindert, den Erlaß als einen Beweis der polnischen „Toleranz“ zu zitieren.

#### Brutaler Ueberfall auf Deutsche

Der Zweigverein Domb des Katholischen Deutschen Frauenbundes veranstaltete am 2. Februar in Salzen (Ostoberschlesien) ein Falschungsvergnügen. Kaum war die Veranstaltung eröffnet worden, als vier Männer im Saal erschienen und in polnischer Sprache das Spielen der polnischen Nationalhymne verlangten. Um die lästigen Burden loszuwerden, tat man ihnen den Gefallen. Bald nachdem sich diese ersten ungeladenen Gäste entfernt hatten, wurden neue Versuche gemacht, die deutsche Veranstaltung zu stören. Vor dem Saal erschienen sich ein Rudel von Leuten, die fortgesetzt die Türen aufrißen, an die Fenster schlugen und Drob- und Schmährufe brüllten. Da der Vorstand des Frauenbundes weitere Zwischenfälle vorausahnte, erbat er polizeilichen Schutz, der auch gewährt wurde. Das Vergnügen konnte dann, solange die Polizei dabei war, fortgeführt werden. Kaum aber hatten sich die Beamten, die die Störenfriede vertreiben zu haben glaubten, wieder entfernt, als auch schon wieder acht bis zehn Kerle in den Saal eindrangen. Sie belästigten und beschimpften die Deutschen und forderten sie unter Drohungen auf, sofort den Saal zu verlassen. Auch den Gastwirt beschimpften sie, weil er es

gewagt hatte, Deutsche in seinen Räumen aufzunehmen. Die Fortsetzung des polnischen Vereins, Frau Bannert, wurde von den Röhlingen mit Füßen getreten. Auch wurde ihr gedroht, daß man ihr den Schädel einschlagen werde. Da sich inzwischen noch weiteres polnisches Gekind eingefunden hatte, mußte das Vergnügen abgebrochen werden, und die Teilnehmer verließen, möglichst unbehelligt nach Hause zu kommen. Doch wurde ihnen, als sie das Gasthaus kaum verlassen hatten, die Straße veriperit. Eine größere Bande von Polen fiel über sie her. Auf die deutschen Männer, Frauen und Kinder wurde eine förmliche Schiessag veranstaltet. Es gab zahlreiche Verletzte. Im schlimmsten wurde der deutsche Steiger Rosowski zugerichtet, der von mehreren Polen angefallen und befehlungslos geschlagen wurde. Mehrere andere Deutsche wurden durch Messerstiche und Schläge mit Knüppeln und anderen Gegenständen erheblich verletzt. Als Anführer der polnischen Bande wurde ein gewisser Tomasz erkannt, der beim Kattowitzer Magistrat angestellt sein soll. Bei den Teilnehmern an dem Ueberfall scheint es sich in der Hauptsache um Mitglieder des Aufständischenverbandes gehandelt zu haben. Einige Tage nach dem Ueberfall wurden verschiedenen Mitgliedern des Vereins anonyme Drohbriefe ins Haus geschickt. In einem an die Vorsitzende, Frau Bannert, gerichteten Briefe heißt es, daß sie wegen ihrer „falschen Aussagen“ über den Ueberfall noch zur Verhaftung gezogen und „mit dem Ueberfall in Breslau in Stücke geschickt“ werden würde. In einem anderen Brief ist dem Empfänger angefinde worden, daß er noch „wie ein Hund unter dem Jau verredet“ würde. Diese Briefe sind mit einem Lotentopf und der Unterschrift „Es lebe Polen!“ versehen.

#### Der „Kurier Poznański“ beleidigt das deutsche Volk

Wer wissen will, wie das amtliche Polen sich gegenwärtig zu Deutschland verhält, kann sich darüber in der „Gazeta Polska“ orientieren. Wer aber erfahren will, was die polnische Öffentlichkeit über Deutschland denkt, wird sich mehr an die Äußerungen derjenigen Zeitungen halten, die in der Wahl ihrer Worte durch keine unmittelbare politische Verantwortung beinträchtigt sind. Da ist z. B. der „Kurier Poznański“, den man trotz seiner geringen Auflage in der Stellung, die er gegenüber Deutschland einnimmt, als typisch für die Auffassung vieler Kreise der polnischen Öffentlichkeit anprechen kann. Dieses nationaldemokratische Blatt hat am 2. Februar einen Artikel von einem gewissen Stanislaus Pienkowi veröffentlicht, in dem dieser Deutschland und Judentum miteinander zu vergleichen versucht. Wenn es, so schreibt Pienkowski da, zwischen den Deutschen und den Juden auch keine Ähnlichkeit gebe, so sei zwischen beiden doch „eine nahe und interessante geistige Verwandtschaft“ vorhanden. Die Juden bezeichnen sich als das ausermählte Volk, die Deutschen hielten sich für ein Herrenvolk. Die einen hätten ihren Stammesgott Jehova, die anderen ihren Deutschen Gott. Beide seien von Größenwahn befallen. Wenn auch auf verschiedenen Wegen und mit verschiedenen Mitteln, so suche doch jedes der beiden Völker „mit hartem Glauben an die Größe und Genialität seiner Rasse“ die Welt zu unterjochen. Das mache beide Völker zu einer gleich großen Gefahr für die Zivilisation. Der deutsche Geist mit seinen Stigmalen sei nicht milder als der jüdische mit seinen bolschewistischen Revolutionen. Beide Völker seien von Haß und Verachtung für alles Fremde erfüllt. Gemeinsam sei beiden das Falschen der wissenschaftlichen Wahrheit. Die Juden hätten die Kunst, Texte zu fälschen, hoch entwickelt, und die Deutschen ahmten jetzt ihr Beispiel nach, indem sie die Geschichte, die Ethnographie, die Anthropologie, die Archäologie usw. fälschten, um ihre imperialistischen Ziele durchzusetzen. . . . Man kann diesen „Vergleich“ nur als eine infame Verleumdung des deutschen Volkes bezeichnen. Es kommt dem Verfasser offenbar darauf an, zu verhindern, daß der energische und folgerichtige Kampf des deutschen Volkes gegen die zerlegenden Kräfte des Judentums in der polnischen Öffentlichkeit irgendwelche Sympathien für Deutschland erweckt. Es ist sehr nützlich, solche Stimmen zu



hören. Sie sind geeignet, die deutsche Öffentlichkeit zu einer nüchternen und zurückhaltenden Bemerkung des polnischen Partners zu erziehen.

#### Adam Koc — Präsident der Bank Polsti

Der bisherige Präsident der Bank Polsti, Dr. Wroblewski, ist zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Staatssekretär im Warschauer Finanzministerium, Oberst Adam Koc, bestellt. Wroblewski hatte angesichts des fortgelegten Rückganges des polnischen Ausfuhrüberschusses und der anderen Altiiposten der polnischen Zahlungsbilanz in letzter Zeit eine vorsichtige Beschränkung des Devisenverkehrs nach dem Muster Deutschlands und anderer Staaten befürwortet, hat mit dieser Auffassung jedoch nicht durchdringen können. Oberst Koc gilt als ein Anhänger der Auffassung, daß es trotz aller Verschlechterungen der Zahlungsbilanz auch in Zukunft noch möglich sein wird, den freien Zahlungsverkehr ohne Gefahr für die Stabilität der polnischen Währung aufrecht zu erhalten, also ohne Devisenbewirtschaftung auszukommen. Er gehört der Obersten Gruppe an, als deren finanzpolitischer Exponent er sich neben Oberst Majuszewski einen Namen gemacht hat. Er hat in den letzten Jahren die polnische Regierung wiederholt bei wichtigeren Kreditverhandlungen mit ausländischen Kapitalgruppen vertreten.

#### „Polnische Radikale Partei“

Schon im vorigen Jahr war gelegentlich davon die Rede, daß in Polen endlich mit dem Parteiewesen Schluß gemacht werden solle. Nachdem sich im Spätherbst der „Unparteiliche Block für die Zusammenarbeit mit der Regierung“, der sogenannte Sanierungsblock, selbst aufgelöst hatte, war man der Meinung, daß dieser Schritt nur der Beginn einer allgemeinen Auflösung der politischen Parteien in Polen sein werde. Die Dinge haben sich bisher jedoch ganz anders entwickelt. Es sind nicht nur die bestehenden Oppositionsparteien nicht verschwunden, sondern aus der Erbmasse des alten Sanierungsblocks begannen sich verschiedene neue politische Gruppen zu bilden. Zu diesen gehört die vor kurzem ins Leben gerufene „Polnische Radikale Partei“, zu deren Führern der ehemalige polnische Botschafter in Washington, Titus Filipowicz, gehört. Filipowicz trat im vergangenen Jahre, als die Frage der Regierungsumbildung akut wurde, mit einem Wirtschaftsprogramm vor die Öffentlichkeit und gründete, als er bei der Regierung Roszalkowski keinen Anklang fand, Ende vergangenen Jahres eine „Liga der wirtschaftlichen Wiedergeburt Polens“, durch die er seine wirtschaftlichen und antifeudalistischen Ideen zu propagieren versuchte. Jetzt gehört er, wie erwähnt, zu den Führern der „Polnischen Radikalen Partei“, die in ihrem vorläufig als Halbmonatsschrift erscheinenden Organ „Nowe Drogi“ ihr umfangreiches Programm mitteilt hat.

Das Programm verlangt eine Reform der Wahlordnung vom vorigen Jahr, die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Richterstandes, die Wiederaufrichtung einer wirklich selbstständigen territorialen Selbstverwaltung, also in der Hauptsache wohl eine Abschwächung des autoritären Regierungssystems. Das Programm verlangt weiter die Entjudung des öffentlichen und geistigen Lebens in Polen, die Förderung der jüdischen Auswanderung aus Polen und die Schaffung eines ausreichenden Kolonisationsgebietes für die aus Polen abwandernden Juden. In wirtschaftlicher Hinsicht werden folgende Grundfänge vertreten: Es sollen große öffentliche Arbeiten, vor allem solche, die der Landesverteidigung dienen, wie Straßen- und Eisenbahnbauten, in Angriff genommen werden. Der landwirtschaftliche Großgrundbesitz soll gegen „angemessene Entschädigung“ enteignet werden. Der Staat soll alle für die Landesverteidigung wichtigen Industrieunternehmen in eigene Regie übernehmen. Die Goldparität von 1927 soll aufrechterhalten und Maßnahmen gegen die Schrumpfung des Gold- und Devisenbestandes sollen ergriffen werden. Das

Ziel der Wirtschaftspolitik soll die Herstellung der wirtschaftlichen Autarkie Polens sein. Als die drei Grundlagen des Programms werden bezeichnet: Christliche Ethik, nationales Polen auf demokratischer Grundlage und sozialer Radikalismus.

#### Es wurden ernannt . . .

Der bisherige polnische Generalkonsul in Königsberg, Dr. Marchlewski, ist ins Warschauer Außenministerium berufen worden. Sein Nachfolger ist noch nicht ernannt. Der Posten des polnischen Generalkonsuls in Berlin bleibt vorerst unbesetzt. — Zum Presseattaché der polnischen Botschaft in Berlin wurde an Stelle des ins Warschauer Außenministerium berufenen Dr. Kirilen der bisherige Presseattaché der polnischen Botschaft in Rom, Dr. Wnorowski, ernannt. — Der langjährige deutsche Gesandte in Kiew, Reinebeck, wurde zum Generalkonsul in Polen ernannt. Es ist zu hoffen, daß es dem neuen Vertreter des Reiches in der ehemaligen Provinzhauptstadt gelingt, mit den dortigen Deutschen engere Beziehungen zu unterhalten, als die sein Vorgänger gepflegt hat.



Was Ihr in diesem Winter gebt,  
das gebt Ihr nicht der Regierung,  
das gebt Ihr dem deutschen Volke;  
das heißt: Ihr gebt es Euch selbst!

#### Antrag auf Schächtverbot im Sejm

Unter den polnischen Juden hat ein Antrag der Sejmabgeordneten Frau Prytor, der Gattin des ehemaligen Ministerpräsidenten und jetzigen Senatsmarschalls, eine begriffliche Erregung hervorgerufen. In dem Antrag wird das gesetzliche Verbot der rituellen Schlachtungen gefordert. Begründet wird dieser Antrag u. a. damit, daß die rituelle Schlachtung die Fleischpreise mit erheblichen Mehrkosten belaste, daß die Schächtung dem gelunden Volksempfinden, das eine möglichst schmerzlose Tötung der Schlachttiere verlangt, widerspreche, und daß diese barbarische Tierquälerei z. B. in Deutschland schon durch Gesetz verboten sei. Auf einer in Warschau abgehaltenen Rabbinerversammlung wurde gegen diesen Antrag Einspruch erhoben. Es wurde beschlossen, am 7. Februar ein allgemeines Fasten der Juden durchzuführen und eine Abordnung des Rabbinerverbandes zum Ministerpräsidenten zu schicken, um dort gegen die geplante Verletzung der „religiösen“ Gefühle des Judentums zu protestieren.

In Thora starb am 20. Januar im Alter von 47 Jahren der langjährige Präsident der Pommerellischen Landwirtschaftskammer, **Eden-Templitz**. Er wurde in **Strasburg** (Westpreußen) geboren, besuchte in **Berlin** das französische Gymnasium und studierte an der dortigen Universität Volkswirtschaft. Er war Assistent an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule und später an der Universität **Breslau**. Während des Krieges fand er bei der deutschen Besatzungsbehörde in Kongresspolen Verwendung. Im Jahre 1919 wurde er zum Delegierten beim Obersten Volksrat in Polen und bald darauf von Willibst zum Präsidenten der Pommerellischen Landwirtschaftskammer ernannt. Er nahm von polnischer Seite an der Uebergabe Pommerellens und 1922 an der Uebergabe Oberślisiens teil. Er war Inhaber deutscher, französischer und polnischer Orden und Vorsitzender der polnischen Delegation für die Gemischte Danzig-polnische Kommission.

#### Die Warschauer Altstadt in Gefahr

Die Warschauer Altstadt ist in Gefahr! Dieser kulturgeschichtlich interessanteste Teil der Landeshauptstadt, der sich um den **Altan Markt** gruppiert, ist vom Verfall bedroht. Im vorigen Jahre fürzte in der Altstadt ein Haus zusammen und begrub 26 Menschen unter seinen Trümmern (es war das Geburtshaus der bekannten Radiumforscherin **Curie-Skłodowska**). Vor wenigen Monaten mußte eine alte Barockkirche wegen Einsturzgefahr geschlossen werden. Und kürzlich meldeten die polnischen Zeitungen, daß drei Häuser am **Altan Markt**, in deren Mauern breite Risse auftraten, von den Bewohnern geräumt werden mußten. Die dort stehenden Häuser stammen gemeint aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts. Nur wenige, die von dem großen Brande verschont blieben, der damals den größten Teil der Altstadt zerstörte, sind älteren Datums. Doch blieb das alte Stadtbild aus der deutschen Zeit Warschaws damals trotz des Brandes erhalten; denn der Wiederaufbau erfolgte in strenger Anlehnung an den Stil, in dem die deutschen Kaufleute und Handwerker feinerzeit die mit Wagnisbezug Recht besitzende Stadt aufgebaut hatten. Zu den ältesten, noch erhaltenen Häusern der Warschauer Altstadt gehört auch jenes Haus, in dem sich im Jahre 1610 ein Zweig der berühmten Kaufmannsfamilie der **Jugger** niederließ. Der Letzte aus diesem Geschlecht, das sich dort poloniserte und unter dem Namen „**Fukier**“ lebte, hat sich bis vor wenigen Jahren in diesem Hause, das die berühmteste Weinstube Warschaws birgt, behaupten können. Damals, vor Jahrhunderten, war die Altstadt das Zentrum des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens

der polnischen Hauptstadt. Heute gehört das Gebiet des **Altan Marktes** zum südlichen **Ghetto**. Nur die bunten, hochgedrehten Häuser, die am **Altan Markt** ein Bild widerbarer Städtebaukunst und stilvoller Geschlossenheit bieten, erinnern noch an den Reichtum und die Macht der ehemals deutschen Patriziergeschlechter, von denen auch zahlreiche wertvolle Urkunden berichten. Aber jetzt scheinen auch diese Zeugen einer bedeutsamen Vergangenheit dem Untergang geweiht zu sein, wenn nicht umfassende Erhaltungsarbeiten durchgeführt werden. Man führt die Einfuhrgefahr, die einige der alten Häuser bedroht, auf eine Ausbuchtung des Untergrundes zurück. Teils wird behauptet, daß unter den Kellern der Altstadt ein Kanal läuft, durch den früher einmal die Abwässer in die Weichsel abgeleitet wurden; teils spricht man von unterirdischen Gängen, die vielleicht einmal der Verteidigung gedient haben und die auch in der Zeit der polnischen Auffände eine Rolle gespielt haben sollen und später auf Befehl der russischen Verwaltung anscheinend mit ungenügender Sorgfalt zugestrichelt worden sind.

#### Badewannen für Wölghynen

Ein Warschauer Blatt erzählte vor kurzem eine recht interessante Geschichte aus einer wölghynischen Stadt. Die dortige **Berfischungsanstalt** hatte eine Anleihe von 1,2 Mill. **Loty** aufgenommen. Das Geld war für den Bau von Krankenhäusern, Erholungsheimen und dergleichen bestimmt. In Wirklichkeit aber wurde es ganz anders verwandt. Zunächst wurde für 700.000 **Loty** ein feudales **Repräsentationshaus** für die Verwaltung gebaut. Weitere 50.000 **Loty** wurden für die Beschaffung von hochmodernen Arbeitszeitschriften für die 44 beschäftigten Beamten verwertet. Für den Restbetrag, der nach diesen nützlichen Investitionen noch übrig geblieben war, wurde beschaffen, zwecks Hebung von Sauberkeit und Kultur ein städtisches **Badegeschäft** zu errichten. Man wollte auch hier das Neueste vom Neuen anschaffen. Daher wurde zunächst ein Herr der Verwaltung ins Ausland geschickt, wo er sich mit den modernen Baderneinrichtungen bekannt machen sollte. Er durchzog längere Zeit mehrere europäische Länder und kam auch nach London. Hier glaubte er endlich die für Wölghynen geeigneten **Badewannen** gefunden zu haben: innen mit imprägniertem Mahagoniholz ausgelegt. . . Der Herr kaufte die Wannen. Sie waren ursprünglich für den — **König von England** bestimmt. Der hat sie jedoch für unpraktisch und zu teuer gehalten. Aber für Wölghynen waren sie dem Herrn von der Berfischungsanstalt gerade recht. Was tut man nicht alles für die Kultur! .

## Die Ukrainer stimmen für den Heereshaushalt

Der ukrainische Senator **Lucik** gab am 5. Februar in der Senatsausprache über den Haushalt des polnischen Kriegsministeriums folgende grundsätzliche Erklärung ab: „Die ukrainische Nation fühlt sich immer der Kultur des Westens zugehörig. Daraus nahm sie die Kraft für ihren alten Kampf mit dem Osten. Nach im Jahre 1917 hat die ukrainische staatliche Bewegung dem Osten einen entscheidenden Kampf angelegt, der sich bis über das Jahr 1920 hinzog. Leider hat der Osten die Oberhand über uns gewonnen. Der Rigaer Vertrag beließ den bedeutendsten Teil der ukrainischen Nation auf der anderen, ihr durch Kultur und Geist fremden Seite und gab ihn unerbörter Unterdrückung preis, die sich auf die primitivsten Zeuerungen des politischen und kulturellen Lebens erstreckte. Nur ein Bruchteil unserer Nation diesesfalls der Rigaer Grenze blieb bei Europa, innerhalb der Grenzen des polnischen Staates. Daher fühlt dieser Teil unserer Volksgemeinschaft auf sich die Verantwortung für die Geschichte der gesamten Nation lasten. In den verschiedenen Augenblickslagen nahmen die Beziehungen zwischen der polnischen und der ukrainischen Volksgemeinschaft verschiedene Gestalten an. Wir waren in der Opposition, die Opposition betätigte sich im Parlament. Aber eines haben wir, ganz unabhängig von der Stimmung, niemals angefaßt:

das Heer. Die Zeiten haben sich inzwischen geändert. Die schwierige und verwidelte Lage Europas gebot uns, nach gemeinsamen Wegen für die polnische und die ukrainische Nation zu suchen. Die polnische Armee, die im gegebenen Augenblick die Kultur des ganzen Westens verteidigen kann, betrachten wir als das gemeinsame Gut der beiden Nationen: der polnischen sowohl wie der ukrainischen. Daher hat der Abgeordnete **Celawicz** im Haushaltsausschuß des Sejm während der Aussprache über den Haushalt des Kriegsministeriums gesagt: Die politische Weltlage, das Wettstreiten der Nachbarn, die für jedermann klaren Ziele der Komintern bedrohen in gleichem Maße den polnischen Staat wie die Lebensinteressen der ukrainischen Nation, erfordern eine kräftige, zahlenmäßig starke und technisch gut ausgerüstete Armee des polnischen Staates. Eine solche Armee liegt im Lebensinteresse des ukrainischen Volkes, und deshalb werden wir für den Haushalt des Kriegsministeriums stimmen.“ Das war nicht allein die Meinung des Abgeordneten **Celawicz**, sondern das ist unser aller gemeinsamer Beschluß und Standpunkt, der nicht aus einer Konjunktur hervorgeht, sondern für uns eine Angelegenheit von wesentlicher Bedeutung ist. Ich erkläre, daß das, was der Abgeordnete **Celawicz** in der Haushalts-

tommission des Sejm gefügt hat, im Namen der für die Politik des ukrainischen Volkes verantwortlichen Faktoren gefügt worden ist, und ich möchte jene Erklärung unterstreichen und betätigen. Wir werden, wie immer, für den Heereshaushalt stimmen."

Nach Celewicz im Sejm hat also auch Czacki im Senat das ukrainische Interesse an der Stärke der polnischen Armee festgesetzt. Da das ukrainische Volk von Rußland und Polen um den eigenen Staat und damit auch um die eigene Armee betrogen worden ist, und da weiter ein Zusammengehen der Ukrainer mit den bolschewistischen Gewaltherrn, auf denen die Blutschuld von Millionen hingemordeter Ukrainer lastet, nicht in Frage kommt, erblicken die parlamentarischen Vertreter des ukrainischen Volkes in Polen in der polnischen Armee den Faktor, der geeignet ist, bis auf weiteres die Interessen des ukrainischen Volkes gegen die aggressive Politik der Moskauer Bolschewiken zu schützen. Wie früher einmal die Polen an der Stärke der deutschen Armee inter-

essiert waren, von der sie hofften, daß durch sie die zaristische Zwangsregiment in Rußland, Polen niedergeworfen werde, so erwarten heute die Ukrainer, daß die polnische Armee, indem sie den polnischen Staat verteidigt, für sie einmal dasselbe leisten werde, was die deutsche Armee einst für die Polen getan hat. Alle Phasen, die das polnische Volk in der Zeit seiner Staatenlosigkeit durchlaufen hat: Aufstand, Terror, organische Arbeit, Loyalität usw., durchläuft heute auch das unter vier Staaten aufgeteilte ukrainische Volk, — nur, wie es scheint, in weit schnellerem Tempo. Die ukrainischen Loyalitätsbefindungen sind sicherlich nicht weniger ehrlich gemeint, als feinerzeit die vielseitigen und sich überzeugenden Loyalitätsbefindungen der politischen Führer des polnischen Volkes. Die ukrainischen Politiker befinden sich in der glücklichen Lage, an das Vorbild anzuknüpfen zu können, das ihnen die einstmals im Kampf um die Selbständigkeit ihres Staates und die Freiheit ihres Volkes stehenden polnischen Politiker gegeben haben.

## Der lettische Vorstoß gegen das Deutschtum

### Ausnahmsgesetze gegen das Deutschtum

Die letzten Ereignisse in Lettland haben wieder einmal schlagartig die bedrohliche Lage des deutschen Volkstums im lettischen Staat beleuchtet. Der Nachdruck, mit dem die deutsche Staatsführung durch ihren Botschaften in Riga die lettische Regierung darauf hingewiesen hat, daß ihre Maßnahmen gegen das Deutschtum eine schwere Belastung für die deutsch-lettischen Handelsbeziehungen bedeuten, zeigt uns deutlich, wie entscheidend die um die Jahreswende erlassenen Gesetze für das deutsche Volkstum in Lettland sind. Es geht ja nicht nur um die entschädigungslose Enteignung der deutschen Gladbauern in Riga. Diese Auswirkung der „Silbseiseresetze" zeigt uns nur die Richtung dieses neuesten lettischen Zerstörungszuges gegen das Deutschtum. Der Liquidation der Gilden wird auf Grund der erlassenen Gesetze die Auflösung weiterer deutscher Vereine in den nächsten drei Monaten folgen.

Bei den Gesetzen handelt es sich im einzelnen um das Gesetz über den Aufbau der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer, sowie um die Gründung eines Staatswirtschaftsrates. Ihre Abrechnung erfährt diese Gesetzesreihe durch eine Neufassung des Gesetzes über den Aufbau der lettischen Landwirtschaftskammer, die in den ersten Januartagen veröffentlicht wurde. Damit ist, rein äußerlich gesehen, eine feste Gliederung und Abgrenzung nach lettischen Gruppen erfolgt, die ihre höchste Zusammenfassung in dem zu gründenden Staatswirtschaftsrat finden werden. Damit soll, wie es in den amtlich-lettischen Erklärungen zu diesen Gesetzen heißt, „eine einheitliche Zusammenfassung und klare Ausrichtung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes gesichert werden."

Allein, die ersten Auswirkungen dieser Gesetze — und das ist zweifellos kennzeichnend für die wahren Beweggründe zu diesen Maßnahmen — bestanden in der entschädigungslosen Enteignung der Gladbauern in Riga und ihrer sozialen und kulturellen Einrichtungen, die in einer bedeutenden Anzahl von Krankenhäusern, Altersheimen, Vehringsheimen usw. bestanden. Mit der Enteignung dieser Einrichtungen hofft man, in lettischen Kreisen eine Zentralfeststellung des Deutschtums zu vernichten. Dieser Akt bedeutet aber zweifellos nur den Anfang weiterer lettischer Ausbeutungsmanöver. Bestimmen doch die Gesetze, daß alle Vereine und Organisationen, die durch ihre Betätigung in der Arbeitsgebiete der neuen Kammern fallen, in den nächsten drei Monaten aufzulösen sind. Nun haben aber die Letten lokale Vereine nur in ganz geringem Umfang, während das Deutschtum in seinem Existenzkampf sehr stark auf solche Einrichtungen angewiesen ist. Ferner fallen z. B. die Gilden (es handelt sich um die rein deutsche Mariengilde, in der neben Kaufleuten auch Literaten und

Künstler aufgenommen wurden, und um die schon stark mit Letten durchsetzte Johanniskilde, in der die Handwerker (zusammengefaßt waren) nur ihrer Bezeichnung, nicht aber ihrer Betätigung nach, unter die erwähnten Gesetze; denn den Charakter junimistiger Zusammenfassungen von Kaufleuten und Handwerkern, die sie bei ihrer Gründung im 13. Jahrhundert in der deutschen Hansezeit befaßen, haben sie, soweit es sich um rein wirtschaftliche Funktionen handelt, schon längst verloren; nur die Funktion als Träger einer sozialen und kulturellen Gemeinschaft war ihnen verblieben. Die „Silbseiseresetze" sind nur ein fadenförmiger Bormann für einen erneuten Angriff auf das lettische Deutschtum.

### Die Enteignung des deutschen Großgrundbesitzes

Es ist nicht das erstmal, daß die Letten scheinbar staatspolitisch notwendige Gesetze einmünzen und veröffentlichen zu Ausnahmsmaßnahmen gegen das Deutschtum. Es braucht in diesem Zusammenhang nur an die Agrarreform des Jahres 1920 erinnert zu werden. Sie sah die Gründung eines Landfonds vor, aus dem über das ganze Land verstreut neue Bauernwirtschaften errichtet werden, bzw. bestehende Kleinwirtschaften zu lebensfähigen Betrieben ausgebaut werden sollten. Niemand wird sich der durchaus verständlichen Forderung dieser Reform der Bodenverteilung verschließen. Allein, auch bei der lettischen Agrarreform wurde der gesunde Kern verpöcht. In ihren praktischen Auswirkungen bildete sie lediglich ein Instrument des lettischen Chauvinismus, das dazu bestimmt war, das Deutschtum wirtschaftlich zu machen und seine Lebenskraft zu brechen. Richtete sich die Agrarreform doch nicht nur gegen den deutschen Großgrundbesitz, sondern mit derselben Härte auch gegen die bäuerlichen Kolonisten des deutschen Volkstums! Nur nebenbei sei erwähnt, daß von der landwirtschaftlich genutzten Fläche Lettlands bei Beginn der Agrarreform bereits 75 v. H. zu bäuerlichen Wirtschaften gehörten. Außerdem war aber der deutsche Großgrundbesitz durchaus bereit, dem Bedürfnis nach einer Verstärkung des lettischen Bauerntums aus freien Stücken entgegenzukommen; er schlug deshalb vor, jeweils soviel Gutsland zu enteignen, als wirklich Nachfrage vorhanden war.

### Deutsche Leistung — lettischer „Dant"

Die Verbandsängstlichkeiten des deutschen Großgrundbesitzes wurden von lettischer Seite rundweg abgelehnt, obgleich die deutschen Großgrundbesitzer bereits vor dem Kriege, in einer Zeit also, in der von einem lettischen Druck keine Rede sein konnte, freies volles Lettland für die Bedürfnisse des lettischen Bauerntums geriet hatten. Es ist nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß es ein lettisches Volkstum heute nicht gäbe, wenn das lettische Deutschtum nicht jahrhundertlang eine konsequente Widerstandspolitik gegen Russifizierung und Orthodoxie durchgeführt hätte. Die Letten verdanken die Erhaltung ihrer Sprache den Deutschen. Die

Deutschen hätten es wahrhaftig nicht notwendig gehabt, lettische Schulen zu gründen, eine lettische Schriftsprache zu schaffen, lettische Wörter aufzuzeichnen und damit der Vergessenheit zu entreißen, Bibel und Gesangbücher ins Lettische zu überlegen, kurz die Grundelemente des lettischen Volkstums zu pflegen und entwicklungsfähig zu machen. Sie haben es dennoch getan. Sie wollten nicht germanifizieren.

Diese für das Werden des lettischen Volkstums entscheidenden Leistungen des Deutschtums sind selbst von den Letten, wenn auch nur gelegentlich, anerkannt worden. So schreibt der feineswegs deutschfreundliche lettische Publizist Bihlman: „Die besten Vertreter des Deutsch-Balten-tums bemühten sich im 18. Jahrhundert um die Besserung der Lage der lettischen Bauern. Sie waren um die geistige Kultur der Letten besorgt. . . Die Deutschen traten auch der Russifizierung scharf entgegen. . . Im unabhängigen freien Lettland kämpften die Deutschen wie alle Einwohner einmütig für eine gedeihliche Zukunft des Staates. Die Deutsch-Balten nahmen als energiegelbe, begabte und lokale Staatsbürger eine geachtete Stellung im staatlichen Leben ein. . . So bemerkenswert sollte Urteile über die kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen des lettischen Volkstums für die Letten aus lettischer Feder sein, so wenig haben sie in der Behandlung der Deutschen ihre praktische Auswirkung gefunden.

So wurden denn auch die erwähnten Verhältnisse vorläufig des deutschen Großgrundbesitzes im Jahre 1920 von lettischer Seite mit der restlosen Einsegnung des deutschen Volkstums beantwortet. Entschädigungen für die Enteignung wurden nicht gezahlt; und das den Grundbesitzern jeweils verbleibende Restgut in einer Größe von 25 Hektar wurde nach Möglichkeit so ausgewählt, daß seine Weitererzucht so gut wie aussichtslos war. Diese Tatsache wurde dann auch noch von der lettischen Presse mit häßlicher Schadenfreude bekräftigt und gleichzeitig der wahre Sinn des Agrarreformwerkes mit brutaler Offenheit dargelegt. So schrieb beispielsweise die lettische Zeitung „Latvijas Sargs“ zum Agrarreformgesetz: „Es wird kaum faulm möglich sein, für die ehemaligen Großgrundbesitzer auf dem Landstrüßchen, das das Gemeindefortkommen ihnen zuweisen wird, und das wohl sicher so ausgewählt werden dürfte, daß man nicht darauf fortkommen kann, eine ertragreiche Wirtschaft zu gründen. Sie werden gezwungen sein, ihr Landgut zu verkaufen. Dann wird das deutsche Element nur auf die Städte beschränkt sein, wo es zulebends seiner Vernichtung entgegengeht. Sehr doch, wie in Riga zu Dupenden die Kommunistengeldhais emporschließen, die angefüllt sind mit den letzten Wertigkeiten und Habseligkeiten des deutschen Bürgertums und Adels. Das Deutschtum Lettlands hat am 16. September 1920 seinen letzten Stoß erhalten.“

#### Vernichtung der deutschen Kolonisten

Aber auch das Schicksal der deutschen bauerlichen Kolonisten ist kennzeichnend für den wahren Sinn des lettischen Agrarreformwerkes. In der Zeit von 1907 bis 1914 waren etwa 20 000 deutsche Kolonisten aus dem Wolgaregebiet und aus Wohnplätzen in dem heutigen Gebiet Lettlands als Heuerlinge, Pächter und Bauern angeheft worden. Sie alle hatten auf Grund des Agrarreformgesetzes Anrecht auf die Zulassung von Land aus dem Landfonds. Doch auch hier wandte die lettische Regierung das Agrarreformgesetz als bewußtes Ausnahme-gesetz gegen das Deutschtum an und degradierte damit die deutsche bäuerliche Bevölkerung zwangsläufig zum Prole-

tariat. Die Tatsache, daß die deutschen Kolonisten sich nach ihrer Ueberlieferung noch Kurland nicht auf ihre neuen Gemeinden hatten umschreiben lassen, was im alten Kurland viel Zeit und noch mehr Geld kostete, benutzten die Letten zu der Behauptung, daß die Kolonisten nicht als Ortsangehörige im Sinne des lettischen Staatsangehörigkeitsgesetzes zu betrachten seien. Sie konnten daher das Bürgerrecht nur auf besonderen Antrag erwerben; allein, sämtliche Gelüste dieser Art wurden von der lettischen Regierung kurzerhand abgelehnt. So ging zunächst die Mehrzahl der Heuerlinge und Pächter ihres Anspruchs auf Bauernland verlustig, obgleich sie diesen Anspruch mit gutem Recht noch aus anderem Grunde nachdrücklich fordern konnten. Sie hatten mitgeholfen, den jungen lettischen Staat unter Einsatz ihres Lebens und den Bolschewiken zu befreien, und es war nicht mehr als billig, daß der Staat ihnen für ihren opferbereiten Einsatz die Verleihung von Kriegerland zusagte. Doch dieses Versprechen wurde schließlich von der lettischen Regierung nicht gehalten.

Nebenhand mit den Heuerlingen und Pächtern erging es aber auch den deutschen Bauern, die bereits Bauernland eigentümlich besaßen, das jedoch in vielen Fällen noch nicht grundbuchamtlich eingetragen war, weil unter der alten russischen Regierung auch solche Eintragungen mit hohem Kostenaufwand verbunden waren. Während nun die lettische Regierung den lettischen Bauern die nachträgliche Ausnahme ihres Besitzes im Grundbuch in allen Fällen gestattete, wurde den deutschen Bauern diese Möglichkeit grobenteils verweigert; sie wurden erbarmungslos ohne jede Entschädigung auf die Strafe gesetzt. Damit war das Schicksal der deutschen Kolonisten so gut wie besiegelt. 12 000 von ihnen verließen das Land, der Rest verteilte sich über ganz Kurland, wo er, von den lettischen Bauern ausgenutzt, unter erdrückenden Verhältnissen lebt, mit Mühe sein Deutschtum behauptend.

#### Ein falscher Vergleich

Das war der eigentliche Sinn der Agrarreform, das ist auch der neuesten Gesetzte letzter Schluss: Vernichtung des Deutschtums unter dem Deckmantel staatspolitisch scheinbar notwendiger Geleste. Es ist selbstverständlich, daß die lettische Presse auch jetzt wieder sich die erdendliche Mühe gibt, die wirtschaftspolitischen Geleste als „rein objektive Maßnahmen“ der lettischen Regierung zum Wohle des ganzen Volkes hinzustellen. Die Erregung des Deutschtums, das sich keiner Illusion über die wahre Bedeutung dieser Geleste hingibt, beruhigt man von lettischer Seite mit dem Hinweis, daß sich in Deutschland ganz ähnliche Maßnahmen, beispielsweise auf dem Gebiete der Landwirtschaft, eine Zulassungsfassung aller Kräfte des Landvolkes zu einer Einheit, durchgeführt haben, „gerade so wie es in Lettland das Gesetz über den Aufbau der Landwirtschaftskammer bewerkte“. Gewiss, man wird den gefundenen wirtschaftspolitischen Grundgedanken dieser Maßnahmen nicht anweifen. Aber die Ausführungsbestimmungen lettischer Geleste gingen stets und gehen auch in diesem Fall wieder über das staatspolitisch notwendige Maß hinaus und lassen sie zum Instrument des lettischen Chauvinismus im Kampf gegen das Deutschtum werden. Die Silbergeleste sind, das muß noch einmal festgestellt werden, ebenso wie das Agrarreformgesetz des Jahres 1920 nur Deckmantel für die Unterdrückung und Ausrottung des deutschen Volkstums. Walther.

#### Persönliches

Sein 40jähriges Dienstjubiläum bei der Reichsbahn beging am 1. November 1935 der Reichsbahngastführer Hermann Böh, Ostnabrück, Zannenerstraße 105, früher Dörfelsdorf, Alexanderstraße 2. Der Jubilär wurde aus diesem Anlaß durch ein Schreiben des Führers und Reichstanklers sowie des Generaldirektors der Reichsbahngesellschaft ausgezeichnet.

Gestorben: Rädermacher Paul Steink in Berlin, früher Dörfelsdorf, am 9. 2. 1936.

#### Freistablauf für Geschädigte

Im Reichsgesetzblatt vom 8. Februar d. J., Seite 62, ist eine Verordnung über die Härtefällen für bedürftige Inhaber von angestrichelten Schuldverschreibungen erschienen. Bedürftige Grenzlandbesitzer, deren Entschädigung in Schuldverschreibungen gezahlt worden ist, werden darauf hingewiesen, daß gemäß dieser Verordnung Härtefällen beantragt werden müssen und der Antrag für die Gewährung einer Härtefälle für die Zeit vom 1. Juli 1936 bis 30. Juni 1937 spätestens bis Ende Februar d. J. gestellt werden muß. Alles Nähere ist aus oben angelegtem Reichsgesetzblatt zu ersehen.